

# BürgerInnenbrief **Mitte**

26. April 2010



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ HSH +++ Elbphilharmonie +++ Shared Space +++ BürgerInnenbeteiligung +++ Wohnungsbaukoordinator +++

## Erstes Fass ohne Boden: HSH Nordbank



Die HSH Nordbank hat Mitte April ihren Geschäftsbericht für das zurückliegende Jahr 2009 vorgestellt. Bank-Chef Dirk Jens Nonnenmacher hat erneut verkündet, dass das Geschäftsjahr besser als geplant abgeschlossen werden konnte. Die Bank sei zukunftsfähig ausgerichtet, lautet die frohe Botschaft.

Der Jahresabschluss 2009 vor Steuern ist mit -1,261 Mrd. EUR in der Tat gegenüber dem bankinternen Plan leicht positiv. Der geringere Konzernfehlbetrag von -679 Mio. EUR kommt dadurch zustande, dass eine Steuerverrechnung einbezogen wurde. Das heißt, erneut hat der Steuerzahler den Verlust um 423 Mio. EUR gedrückt. Ohne die Steuerverrechnung liegt das Minus wiederum weit über eine Milliarde EUR. Dieser Fehlbetrag ist der dritthöchste unter den deutschen Landesbanken. Noch tiefer in die roten Zahlen rutschten nur die BayernLB mit 2,6 Mrd. und die LBBadenWürttemberg mit 1,4 Mrd. EUR.

Nicht nur ich schaue kritisch auf die vorgelegten Zahlen und etliche fragwürdige Buchungstricks. Auch Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) befürchtet weitere Risiken bei der HSH Nordbank. Er warnt gleichfalls vor der Gefahr, dass noch einmal Kapital zugeschossen werden muss. Und da die Mehrheitseigner Schleswig-Holstein und Hamburg sich weigern würden, wäre denkbar, dass mit Hinweis auf die Systemrelevanz der HSH der Bund erpresst werden könnte. »Das kann teuer werden«.

Werfen wir einen Blick auf das »teuer werden«. Auch die HSH Nordbank hat ohne Zweifel an der allgemeinen Erholung der internationalen Wertpapierbörsen teilgenommen. Gleichwohl: Trotz »Wertaufholung« bei einigen Wertpapieren bleibt die HSH Nordbank auf absehbare Zeit ein Problemfall mit dem Risiko, dass weitere öffentliche Unterstützung benötigt wird. Wegen der angespannten Lage der Schifffahrtsbranche

und der Krise im US-Immobilienbereich ist auch für 2010 mit deutlichen Verlusten zu rechnen.

Die Zukunftsfähigkeit der Bank ist vor allem aufgrund von Zweifeln der Europäischen Kommission an den Rettungsmaßnahmen von Hamburg und Schleswig-Holstein und der schlechten Aussichten in den Geschäftsfeldern der Schiffs- und Immobilienfinanzierungen alles andere als gesichert. »Der Fortbestand der HSH Nordbank AG hängt davon ab, dass die Europäische Kommission die von Seiten der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein gewährten Stabilisierungsmaßnahmen dauerhaft genehmigt«, wird im Finanzbericht 2009 eingeräumt. Und auch die Wirtschaftsprüfer unterstreichen: Der Fortbestand der HSH Nordbank hängt von der dauerhaften Genehmigung der gewährten Stabilisierungsmaßnahmen durch die EU-Kommission ab. Mit anderen Worten: Der Fortbestand der HSH Nordbank hängt am seidenen Faden.

Schon jetzt ist diese Bank für die Hamburger BürgerInnen reichlich teuer geworden: Das Missmanagement des schwarz-grünen Senats und seine Verwicklung in die Strukturen des Finanzmarktkapitalismus belegt der vom Rechnungshof geprüfte Geschäftsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg. Danach ist das »Eigenkapital« der Stadt, das in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2006 rund 4 Mrd. EUR betrug, drei Jahre später praktisch aufgezehrt. Wesentlicher Grund hierfür ist der im Jahr 2008 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 2,3 Mrd. EUR. Er resultiert aus einem positiven, aber gegenüber 2007 zurückgegangenen Verwaltungsergebnis in Höhe von 864 Mio. EUR und einem negativen Finanzergebnis in Höhe von 3.196 Mio. EUR.

Trotz aller Vorbehalte, die man gegenüber dem nach kaufmännischen Grundsätzen erstellten Jahresbericht geltend machen muss (eine Stadt ist kein Konzern, über den Ressourceneinsatz wird politisch entschieden, problematisch sind außerdem die Erfassung von Abschreibungen und Pensionsrückstellungen, Bewertung veralteter oder mangelhafter IT-Systeme, Verlässlichkeit der Anlagenbuchhaltung, lückenhafte Erfassung der Bürgerschaftsverpflichtungen und damit der notwendigen Vorsorge für die Risiken etwa bei der HSH Nordbank), erfasst er doch deutlicher die schon entstandenen und zukünftigen Verpflichtungen der öffentlichen Hand.

Das Finanzergebnis wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 2,35 Mrd. EUR

belastet. Sie resultierten im Wesentlichen aus Wertberichtigungen bei der HSH Nordbank, an der die Stadt über die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbh (HGV), den Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF) und den bei der Entscheidung für eine weitere Kapitalzufuhr für die HSH Nordbank in Höhe von 3 Mrd. EUR und Bürgschaften von 10 Mrd. EUR durch Hamburg und Schleswig-Holstein im Juni 2009 neu gegründeten HSH Finanzfonds AöR beteiligt ist. Die HGV musste in Folge des HSH Nordbank-Debakels 1,7 Mrd. EUR und der HVF 550 Mio. EUR abschreiben.

Auch das Faible der schwarz-grünen Koalitionäre für Leuchtturmprojekte findet im Geschäftsbericht seinen nachhaltigen Niederschlag. So mussten bei der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG Abschreibungen in Höhe von 54,0 Mio. EUR vorgenommen werden. Die Folge: Hamburg muss Rückstellungen für negative Eigenkapitalwerte bei der HVF in Höhe von 256,9 Mio. EUR und der Elbphilharmonie Hamburg Bau in Höhe von 149,3 Mio. EUR bilden.

Die Schönfärberei des Senats, Hamburg werde von der Finanzkrise nicht berührt, ist damit endgültig ad absurdum geführt. So erweist sich etwa die Absicherung der Pensionsverpflichtungen über Finanzmarktprodukte nun als Bumerang, der die Ansprüche der PensionärInnen der Stadt aufs Spiel setzt.

Und die trostlosen Stützungsmanöver für die Bank sind noch nicht zu Ende. Das Risiko liegt bei den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg: in Höhe von 3 Mrd. EUR Kapitalerhöhung und 10 Mrd. EUR Garantie, also bei den Bürgern der beiden Ländern.

Das »neue« Geschäftsmodell ist das alte Geschäftsmodell – neu verpackt. Die Risiken in der Schiffsfinanzierung, im Immobilienbereich und im Finanzmarktgeschäft bleiben wie bisher. Schlecht nachvollziehbare Bewertungsansätze und offensichtlich undurchsichtige Steuertricksereien schaffen kein Vertrauen und keine Transparenz.

Der seidene Faden, an dem die Bank hängt, wird zwar offen angesprochen, aber in der Tragweite nicht deutlich gemacht. Ob die EU und die Bafin das Spiel der HSH Nordbank weiter mitmachen, kann und muss bezweifelt werden. Ob der Steuerzahler das Geld (13 Mrd. EUR) jemals wiedersehen wird, darf ebenfalls mit einem dicken Fragezeichen versehen werden.



Gern im Dunkeln: HSH-Chef Nomenmacher

## Zweites Fass ohne Boden: Elbphilharmonie



Die LINKE hat nicht genug Mandate in der Bürgerschaft, um einen Untersuchungsausschuss durchsetzen zu können. Die SPD hat jetzt zur nächsten Sitzung im Mai die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses »Elbphilharmonie« beantragt. Die LINKE wird zustimmen, obwohl die Stimmen der SPD ausreichen.

»Gemäß Artikel 26 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg setzt die Bürgerschaft einen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, den Umgang des Senats mit dem Bauprojekt Elbphilharmonie zu untersuchen. Zu untersuchen ist das Verhalten der Behörden, Ämter und Stellen der Stadt und der politisch Verantwortlichen auf Senatsseite sowie der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen, wie z.B. der ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH (ReGe) und der Elbphilharmonie Hamburg Bau GmbH & Co. KG (Bau KG). Der Untersuchungsausschuss soll klären, worin die Ursachen der Kostenentwicklung für die Stadt liegen, ob Parlament und Öffentlichkeit zutreffend informiert wurden, wer für die Kostenentwicklung bzw. die Information von Parlament und Öffentlichkeit auf Senatsseite verantwortlich ist und welche Maßnahmen oder Vorkehrungen künftig zu treffen sind, um bei großen Bauprojekten eine hinreichende und wahrheitsgemäße Entscheidungsgrundlage für das Parlament zu schaffen, eine gute Projektsteuerung sicher zu stellen und unverhältnismäßige Kostensteigerungen zu Lasten der Stadt zu verhindern.« Der Untersuchungsausschuss wird aus elf Mitgliedern bestehen (CDU-Fraktion 5, SPD-Fraktion 4, GAL-Fraktion 1, Fraktion DIE LINKE 1).

Im Juli 2005 wurde der Bürgerschaft die »Realisierung des Projektes Elbphilharmonie« vorgestellt. In der Mitteilung der Pressestelle des Senats vom 28. Juni 2005 anlässlich der Vorlage der Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Konzerthalle auf dem Kaispeicher A hieß es: »Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 186 Mio. EUR (netto) und liegen damit 10 Mio. EUR unter der ersten Kostenschätzung. Davon entfallen

94,7 Mio. EUR auf die Elbphilharmonie und 22,4 Mio. EUR auf besondere Erschließungskosten (Plaza, Lastenverteilung, Zuwegung). Voraussetzung für die wirtschaftliche Machbarkeit ist, dass sich die Stadt mit einem eigenen Investitionsbeitrag in Höhe von bis zu 77 Mio. EUR beteiligen und einen jährlichen Zuschuss zum Spielbetrieb in Höhe von 2,5 Mio. EUR gewähren wird.«

Am 17. September 2008 entließ der Erste Bürgermeister den bisherigen Projektkoordinator mit sofortiger Wirkung. Die Staatsräte im Aufsichtsrat der Bau KG wurden – so der Chef der Senatskanzlei – durch »Fachleute« ersetzt. Kultursekretärin von Welck erklärte per Pressemitteilung vom 17. September 2008, dass an der Schnittstelle zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung ein Bauausschuss mit externen Beratern installiert werde.

Am 23. Dezember 2008 legte der Senat der Bürgerschaft die Drucksache 19/1841 vor, in der Mehrkosten für die Stadt in Höhe von 209 Millionen EUR festgestellt wurden. Darin enthalten waren 36,8 Millionen EUR für 16 Monate Bauzeitverlängerung sowie eine so genannte Einigungssumme für den Generalunternehmer in Höhe von 30 Millionen EUR. Mit diesem Nachtrag sollte nunmehr »Kostensicherheit und Termisicherheit für die Zukunft« hergestellt werden.

Am 29. November 2008 erklärte Senatorin von Welck dem »Hamburger Abendblatt« in einem Interview: »Es sind jetzt 95% des Bausolls konkretisiert, da wird es keine Änderungen mehr geben.«

Insgesamt hat sich der Finanzierungsanteil der Stadt Hamburg im Projekt Elbphilharmonie von ursprünglich 77 Millionen EUR auf bisher 323 Millionen EUR erhöht. Im Haushaltsausschuss am 2. März 2010 erklärte der Senatsvertreter auf Nachfrage, dass – sollten sich die Forderungen des Generalunternehmers bestätigen – auf Nachtrag 4 »irgendwann« Nachtrag 5 folgen werde.

## Shared Space gekippt?



Das Modell »Shared Space« wurde zurückgestellt

Der schwarz-grüne Senat ist sicherlich auch »Opfer« der anhaltenden Krisenentwicklung. Wie der Umgang mit den »Fäsern ohne Boden« HSH Nordbank und Elbphilharmonie (aber auch Hafencity-U-Bahn, Kombi-Pferderennbahn in Horn und »Stadtbahnprojekt«) deutlich machen, trägt er jedoch für Fehlplanungen, Unterlassungen und falsche Prioritätensetzungen eine gehörige, wenn nicht die Hauptverantwortung.

In einem Falle hat der Senat jetzt zwar spät, aber noch nicht zu spät, die Handbremse gezogen: Auf die Schaffung von sechs bezirklichen Shared-Space-Zonen wird vorerst verzichtet. Die dafür vorgesehenen sieben Millionen EUR sollen in die Sanierung der durch die Folgen des harten Winters zusätzlich maroden Straßen und Wege gesteckt werden.

Mit mehreren Kleinen Anfragen hatte ich dem Senat häppchenweise Informationen über den konkreten Stand der Shared-Space-Planungen abringen müssen, um eine transparente Debatte in den betroffenen Stadtteilen führen zu können. Erst Anfang April habe ich Einsicht in die Unterlagen aus den Bezirken und eine entsprechende Übersicht erhal-

ten – diese kann jetzt wohl erst einmal zu den Akten gelegt werden.

Der vorläufige Verzicht hätte bereits viel früher erfolgen können und müssen. Unlautere Mitteilungen über die realen Kosten (statt der kalkulierten sieben Millionen wären womöglich bis zu 15 oder 20 Millionen Euro nötig gewesen), weitgehende Intransparenz und fehlende Bürgerbeteiligung bei den Planungen und vor allem bei der GAL im Bezirk Hamburg-Mitte ein geradezu bockiges Festhalten an der Langen Reihe als Gemeinschaftsstraße, obwohl sich doch zuletzt der St. Georger Stadtteilbeirat eindeutig gegen dieses Projekt ausgesprochen hatte – all das wirft kein gutes Licht auf die Senatsplanungen.

Und wenn Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk noch immer davon ausgeht, dass »ein erstes Projekt in dieser Legislatur« gestartet wird (Morgenpost vom 22.4.2010), dann kann das nur heißen: Das Thema »Gemeinschaftsstraßen« ist noch keineswegs vom Tisch. Wir werden weiter hartnäckig nachfragen müssen.

## Veranstaltungstipps

### Kein Geld für ARME und KINDER – alle Gelder für Leuchtturmprojekte (Elbphilharmonie, HSH Nordbank)

Die Stadtteilgruppe Altona Altstadt lädt ein zur Diskussionsveranstaltung mit Joachim Bischoff (MdBH),

**Mittwoch, 28.4.2010**, 19:30 Uhr, Restaurant Sait Köz, Große Bergstrasse 165

**Wohin fließen im Hamburger Osten die Gelder?** | Zum Zusammenhang von Rothenburgsorter Stadtteilentwicklung und Hamburger Finanzpolitik. Eine Veranstaltung der Stadtteilinitiative »Hamburgs Wilder Osten« (HWO) mit Joachim Bischoff

**Donnerstag, 29.4.2010**, 19:00 Uhr, »Die RothenBurg«, Vierländer Damm 3a, Rothenburgsort

**Halbzeitbilanz: Zwei Jahre Kampf gegen Gentrification in Bürgerschaft und Bezirksversammlung** | Eine Veranstaltung der Stadtteilgruppe der LINKEN in St. Pauli, mit Christine Detamble-Voss (Bezirksabgeordnete) und Joachim Bischoff (Bürgerschaftsabgeordneter), **Dienstag, 4.5.2010**, 19:30 Uhr, Haus der Grauen Panther e.V., Lerchenstraße 37, St. Pauli

## Bürgerbeteiligung geht anders, ganz anders!



»Spontane Ideen- und Planungswerkstatt« am 13.4. im Wirtschaftsgymnasium St. Pauli

Der Streit um die Zukunft des Geländes der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli geht weiter. Ende Mai wird der RealMarkt seine Türen schließen, vor allem die SPD um Markus Schreiber (Bezirksamtsleiter Mitte) und Andy Grote (ehemals SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Mitte, heute Bürgerschaftsmitglied), aber auch die GAL unter Michael Osterburg (Fraktionsvorsitzender in Mitte), wollen hier unbedingt eine Musikhalle für bis zu 4.000 BesucherInnen errichten – nebst reichlich Fläche für Büros, schon weniger für Läden und ganz wenig zum Wohnen. Die detaillierten Pläne sind erst seit Anfang März bekannt und sorgen seitdem für erheblichen Wirbel.

SPD, GAL und CDU und die bürgerliche Blätterwelt behaupten, der an Heftigkeit zugenommene Streit läge nur an den »Punks, Krawalltouristen, Autonomen, Alkoholisierten und anderen Protestlern« (Hamburger Abendblatt vom 14.4.2010), die eine »offene Auftaktveranstaltung« des Bezirks zur Vorstellung der Pläne am 13. April übernommen, umgedreht und damit eine wahre, echte und ehrliche Bürgerbeteiligung un-

terlaufen hätten. Die BewohnerInnen und ihre Initiativen führen dagegen an, dass von einer offenen und ernsthaften Beteiligung nicht im entferntesten die Rede sein könne, schließlich seien die Pläne bereits in Vierfarbbroschüren präsentiert worden, ohne dass die betroffenen Menschen im benachbarten Karo- und Schanzenviertel die Chance gehabt hätten, Stellung zu nehmen oder gar alternative Entwürfe vorzulegen.

Insofern ist verständlich, dass rund 250 St. PaulianerInnen am 13.4. den Regieplan des Bezirksamtes durchkreuzten und nach zwei eindeutig zu ihren Gunsten ausgefallenen Abstimmungen eine »spontane Ideen- und Planungswerkstatt« durchführten. Dass Bezirksamtsleiter Schreiber sauer war, die Veranstaltung nach einer guten Viertelstunde offiziell beendete und zusammen mit den geladenen Gästen und etwa 80 TeilnehmerInnen verließ, mag auch verständlich sein, klug war es jedenfalls nicht. Schon gar nicht, dass er wenig später erklärte, »diese Form der Bürgerbeteiligung wird es in diesem Verfahren nicht mehr geben« (Hamburger Abendblatt vom 14.4.2010).

Gesagt, getan: Die Teilnahme an zwei für den 4. Mai und 8. Juni geplanten Präsentations-Workshops des Bezirks erfolgt nur mit schriftlicher Anmeldung und nach Unterzeichnung einer Erklärung, sich »dialogorientiert« zu verhalten: »Sie haben die Möglichkeit, Ideen, Hinweise und Empfehlungen für die weitere Entwicklung der Entwurfsansätze zu geben. (...) Ein Verstoß gegen die Bedingungen kann zum Ausschluss von der Veranstaltung führen.« Anstelle die Einwände und Vorschläge der Betroffenen aufzunehmen und eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung zu organisieren, legt der Bezirk die Hürde gleich ein ganzes Stück höher, hält an der Umsetzung seiner besonders umstrittenen Music Hall uneingeschränkt fest und torpediert so einen ernsthaften Dialog.

Wie »ergebnisoffen« (Markus Schreiber laut »Welt« vom 16.4.2010) das bezirkliche Bürgerbeteiligungsverfahren aussehen sollte, zeigt sich nicht nur an der Vorlage der 32seitigen Vierfarbbroschüre zur Auftaktveranstaltung am 13. April. Gerade einmal elf Wochen sind vorgesehen, bis ein Preisgericht endgültig am 5. Juli über die konkreten, bei sechs Architektenbüros in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien entscheiden soll. Eine Jury übrigens, in der sich unter den 15 stimmberechtigten PreisrichterInnen gerade einmal zwei aus den Sanierungsbeiräten Karoiviertel und Wohlwillstraße befinden sollen, und eine Jury, aus der DIE LINKE – im Gegensatz zu den anderen Bezirksparteien – ausgeschlossen bleibt.

Auch die vor allem von der SPD bereits seit Jahren verfolgte Idee einer Musikhalle war und ist keineswegs »offen«: Bereits am 30. Oktober 2009 hatte das Amtsgericht Hamburg die Eintragung einer »Sankt Pauli Music Hall GmbH« bekannt gegeben, die wie zufällig die »Projektentwicklung und den Betrieb eines Musik Clubs mit einem Hauptsaal für bis ca. 4.000 Besucher in Hamburg-St. Pauli« als Gesellschaftszweck angibt.

In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zum Thema erweckt der Senat den Eindruck, alles sei rechtzeitig angekündigt und rückgekoppelt gewesen. Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Auch wenn ein erster Hinweis auf ein entsprechendes Vorhaben in den Sanierungsbeiräten Wohlwillstraße und Karolinenviertel im März/April 2009 erfolgte, stellt sich auf Nachfrage bei Beiratsmitgliedern heraus, dass weitergehende Informationen trotz wiederholter Nachfrage über viele Monate nicht geflossen sind. Noch in einer schriftlichen Ergänzung zum Protokoll des Sanierungsbeirats Karoiviertel vom 28. Januar 2010 heißt es auf eine erneute, auf der Sitzung wiederum nicht beantwortete Anfrage: »Nachtrag zum Protokoll: Nach Aussagen des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung soll ein kooperatives Gutachterverfahren durchgeführt werden. Genauere Informationen zur inhaltlichen Ausrichtung des Verfahrens sind nicht bekannt.« Ingolf Goritz (GAL) verwies auf dieser Sitzung ebenfalls laut Protokoll auf die »St. Pauli Music Hall GmbH«, die »nach seinen Erfahrungen sehr aufgeschlossen gegenüber Fragen ist.« Dies steht eindeutig im Widerspruch zu Äußerungen von Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, der auf der Veranstaltung am 13. April hoch und heilig beschworen hatte, es gäbe bei dem Megaprojekt keinerlei Vorplanungen oder Vorabspra-

chen. Das monatelange Hinter-dem-Berg-Halten führte am 16. Februar 2010 im Sanierungsbeirat Karoiviertel zu dem Beschluss, endlich »über den Planungs- und Entwicklungsprozess auf der Fläche des Real-Markt-Geländes permanent informiert (zu) werden«.

Ähnlich dreist wird der Ausschluss der LINKEN aus dem Preisgericht begründet. In der Senatsantwort heißt es, die Bezirksfraktion Mitte der LINKEN habe »2008 erklärt, dass sie grundsätzlich auf eine Besetzung der Preisrichterposten verzichtet«. Das ist eine glatte Lüge, vielmehr haben SPD und GAL unter Zustimmung der CDU die Zahl der aus den Bezirksparteien entsandten PreisrichterInnen bewusst auf drei beschränkt, um die linken Schmutzkinder außen vor zu halten.

Alles, was eigene, quere Gedanken äußern und Alternativen entwickeln könnte, stört bei der »Bürger(nicht)beteiligung« und soll in die Ecke verbannt werden. Dass von offener Planung nicht im entferntesten die Rede sein kann, dokumentieren die längst fertigen Pläne und die Tatsache, dass auch der Betreiber für die St. Pauli Music Hall schon seit Monaten feststeht. Was die etablierten Parteien ärgert, ist daher auch nicht so sehr die Sprengung einer Veranstaltung, sondern vielmehr der Umstand, dass ihre Leuchtturmprojekte von den Tanzenden Türmen in St. Pauli bis hin zur Kombi-pferdebahn in Horn zunehmend in die Kritik geraten und nicht mehr einfach durchgewunken werden können.

Um ein Minimum an demokratischer Beteiligung zu gewährleisten, gilt es jetzt, ein neues authentisches Beteiligungsverfahren in Gang zu setzen. Es kann nicht sein, dass ein so gravierender Eingriff innerhalb eines Vierteljahres durchgepeitscht wird. So sieht das auch der Sanierungsbeirat Wohlwillstraße, der sich am 20. April einstimmig »für ein längeres und wirklich ergebnisoffenes Verfahren« ausgesprochen und eine »Vorfestlegung auf eine Musikhalle oder andere publikumswirksame Vergnügungsnutzungen« abgelehnt hat.

Die Politik des Bezirks Mitte, »die Regeln für die Bürgerbeteiligung zu verschärfen« und nur noch handverlesenes Publikum mit Namen und Adressen zuzulassen, ist entschieden zurückzuweisen. Das hat mit stadtteilnaher Planung nichts mehr zu tun. Im Übrigen konterkariert der Bezirk (vor allem sein Leiter Markus Schreiber) damit das seit einem halben Jahr großmundig verkündete Ziel, endlich etwas gegen Gentrifizierung und Verdrängung gerade in St. Pauli tun zu wollen.

Es geht im Kern um »das letzte wirkliche Sahngrundstück der City«, wie in einer Tageszeitung zu lesen war. Eine weitere Musikhalle treibt die Belastungsspirale für die Menschen in den benachbarten Quartieren weiter nach oben. St. Pauli, das Karo- und das Schanzenviertel sind durch Party- und Touripublikum bereits massiv unter Druck geraten; die AnwohnerInnen sind mit explodierenden Mieten konfrontiert (Anstieg bei Neuvermietungen in den vergangenen fünf Jahren: 5-6% jährlich). Auf weitere Events und Locations können die St. PaulianerInnen verzichten, nicht jedoch auf einen »l(i)ebenswerten Stadtteil« ohne weitere und noch unsäglichere Belastungen!

## Den Bock zum Gärtner gemacht?



Gruppenbild mit Senatorin und »Wohnungsbaukoordinator« Michael Sachs (rechts neben dem Schild)

Einen »Kämpfer wider die Lähmung« hat der Hamburger Journalist Uwe Bahnsen die Schaffung des Amtes eines Wohnungsbaukoordinators und dessen Besetzung mit dem SAGA-Vorstandsmitglied Michael Sachs benannt (Welt vom 20.4.2010). Angesichts der Wohnungsproblematik ist sicher jeder Beitrag gegen die Lähmung der Senatspolitik zu begrüßen. Ob die Schaffung der neuen Stelle das leistet und ihre Besetzung Michael Sachs zum »Kämpfer« macht, darf in Frage gestellt werden.

Angesichts des Fehlens Tausender Wohnungen und der galoppierenden Mietpreisentwicklung wäre ein Team erforderlich, das mit vernünftiger Ausstattung, hoher Kompetenz und beträchtlicher Entscheidungsgewalt versehen ist. Messen lassen müsste sich ein Wohnungsbaukoordinator daran, ob es ihm gelingt,

- den lange Zeit dümpelnden Wohnungsneubau wieder in Fahrt zu bringen und eine klar definierte Zahl von neuen Wohnungen in vierstelliger Größenordnung zu realisieren;
- geeignete Grundstücke ausfindig zu machen und diese zu günstigen Preisen an soziale Bauträger zu vermitteln;
- erfolgreich mit den Wohnungsbaugesellschaften, vor allem der SAGA GWG und den Genossenschaften, über neue Zielvereinbarungen und deren Einhaltung zu verhandeln;
- Einfluss zu nehmen auf die Qualität des neu zu schaffen-

den Wohnraums, insbesondere vor dem Hintergrund des Mangels an günstigen Wohnungen und der Probleme für Menschen mit besonderen Handicaps;

- den Senat und vor allem die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) nicht nur ein bisschen zu beraten, sondern vor allem auch ergebnisorientiert anzutreiben;
- die von der Hierarchie her herausgehobene Schaltstelle über bzw. zwischen den Behörden auszubauen und als eine allseits anerkannte und akzeptierte Interventionsinstitution zu profilieren;
- die vor Ort mit der Umsetzung etwaiger Programme beschäftigten Bezirke einzubeziehen.

Allerdings fungiert der »Wohnungsbaukoordinator« laut Arbeitsplatzbeschreibung lediglich als Kommunikator und Mittler. Es bleibt unklar, inwiefern diese Stelle wirklich zur Entstehung von Wohnungen beiträgt bzw. beitragen kann.

Konkrete und eigentlich nötige Zielgrößen für zu errichtenden neuen Wohnraum werden nicht benannt, stattdessen ist die BSU sehr genau, wenn es darum geht, den städtischen Etat aufzubessern. So ist der »Koordinator« samt achtköpfigem Arbeitsstab gehalten, einen jährlichen Konsolidierungsbeitrag von 10 Mio. EUR aus dem Verkauf städtischer Grundstücke zu erwirtschaften.

Genau diese Schwerpunktsetzung – gewinnorientierte Grundstückspolitik des Senats – hat in den letzten Jahren

dazu geführt, dass Genossenschaften und andere soziale Träger auf Grund der zu hohen Preise oft nicht mehr in der Lage waren, Grundstücke zu erwerben und beim Neubau mitzuhalten. Ursächlich waren dafür immer wieder die so genannten Höchstgebotsverfahren der Finanzbehörde. Diese sollten laut Koalitionsvereinbarung zwar ausgesetzt werden, doch die Realität ist eine andere. Auch hatte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk zugesagt, künftig mehr Flächen für soziale und genossenschaftliche Wohnbauvorhaben zu vergeben. Diese sind nun aber eben nicht in einer Zielvereinbarung oder Fachanweisung für den Wohnungsbaukoordinator fixiert, so dass der Verdacht nahliegt, dass es dem Senat damit nicht sonderlich ernst ist.

Die ohne Ausschreibung und vorherige Stellenbeschreibung erfolgte Besetzung des Wohnungsbaukoordinators mit Michael Sachs muss zudem mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden. Schließlich steht sein bisheriger Arbeitgeber, die SAGA GWG, seit längerem in der Kritik, weil sie mit ihrem massiv rückläufigen Neubauvolumen, überdurchschnittlichen Mietpreiserhöhungen, dem jährlichen Auslaufen von Sozialbindungen in vierstelliger Dimension und dem Verkauf von Bestandswohnungen gerade nicht die Wohnungsmisere in Hamburg bekämpft hat, sondern ein Teil der Lähmung und des Problems ist. Sie wurde vom Senat »genötigt«, von 2007 bis 2011 insgesamt 500 Mio. Euro für die Übernahme der GWG an die Stadt abzuführen.

Das Netzwerk »Recht auf Stadt« wirft der SAGA GWG vor, dass sich dieses öffentliche Wohnungsunternehmen seiner sozialen Verantwortung entzieht.

Was kann von einem Wohnungsbaukoordinator erwartet werden, der als Spitzenmanager der SAGA GWG mit dafür verantwortlich war, dass es z.B. in Wilhelmsburg in fünf Jahren keine (!!!) einzige Sozialwohnung mehr geben wird? Welche Rolle mag er in der neuen Funktion spielen, wenn er bislang kaum dazu beitrug, die SAGA GWG, die laut Gentrifizierungs-Experten-Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss am 7. April durchaus in der Lage wäre, für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen, in Richtung größerer sozialer Verantwortung zu drängen?

So wie das Vorhaben Wohnungsbaukoordinator gelenkt und propagiert wird, ist zu befürchten, dass es keine ausreichenden Schritte nach vorne geben wird – von einem »Kämpfer wider die Lähmung« ganz schweigen. Ein solcher unterstellte allerdings (neben einem tatkräftigen Akteur),

- eine genaue Definition des Selbstverständnisses und des Zwecks der Stelle eines Wohnungsbaukoordinators;
- seine Ansiedlung direkt beim Senat und damit einhergehend die Ausstattung mit deutlich mehr Kompetenzen und Entscheidungsmacht, z.B. um nachhaltig eine Verlängerung von Wohnungsbindungen und einen Rückkauf von Bindungsrechten zu erreichen;
- klare Zielvorgaben hinsichtlich der Vermittlung von städtischen Grundstücken an Genossenschaften, soziale und andere Wohnungsbauträger;
- konkrete Festlegungen hinsichtlich des bezifferten Neubaus von Sozialwohnungen und
- die ersatzlose Streichung der Zielvorgabe eines »Konsolidierungsbeitrags« in Höhe von 10 Mio. Euro!

## 65 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg

Am 8. Mai 2010 wird der 65. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von Faschismus und Krieg begangen. Die Schändungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in der letzten Zeit unterstreichen, dass faschistische Ideologie und Gruppierungen keineswegs der Vergangenheit angehören. Das Wachhalten der Erinnerung an NS-Regime, Krieg und Konzentrationslager ist ein Weg, dem entgegenzutreten.

Für die Häftlinge von Norddeutschlands größtem Konzentrationslager, dem KZ Neuengamme, war das Ende besonders dramatisch: Bereits ab dem 20.4.1945 begann die SS damit, das KZ aufzulösen. Sie trieb viele entkräftete Häftlinge in Todesmärsche. Am 3. Mai 1945 verloren annähernd 7.000 Häftlinge durch die Bombardierung der Cap Arcona und der Thielbek ihr Leben. Am 4. Mai 1945 fanden britische Truppen das Konzentrationslager nahezu geräumt vor.

In Neuengamme sind zwischen 1938 und 1945 weit mehr als 100.000 Menschen aus halb Europa zusammengepfercht worden, von denen nahezu die Hälfte die Haft nicht überlebt hat. Am **4. Mai** wird an sie während einer **Internationalen Gedenkveranstaltung** auf dem Gelände des ehemaligen KZ erinnert. Den ganzen Tag über werden Rundgänge,

Zeitzeugengespräche und Veranstaltungen stattfinden, um **17.00 Uhr** erfolgt eine **Kranzniederlegung** am Internationalen Mahnmal und um **17:30 Uhr** eine **Gedenkveranstaltung im ehemaligen Klinkerwerk** (mehr über die Veranstaltungen der Gedenkstätte Neuengamme unter [www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de](http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de))

Weitere Veranstaltungen erinnern an den 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager und das Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, darunter das Projekt »fußnote«. Die aus verschiedenen Gruppen kommenden AktivistInnen wollen »die vielschichtigen Dimensionen von Täterschaft, Beteiligung, Widerstand, Gewalt und Ausgrenzung vergegenwärtigen und sichtbar machen. Dies geschieht durch temporär angebrachte Texte zu Orten in Hamburg, die mit Nationalsozialismus im Alltag, Denunziation, Verfolgung, Zwangsarbeit und ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz, Kriegsgeschehen und Kriegsende in Zusammenhang stehen.« In den ersten Maitagen wird es daher an verschiedenen Stellen »Markierungen« geben. Mehr Informationen über diese neuartige Form des Gedenkens gibt es unter [www.fussnote.de](http://www.fussnote.de).



## Ausgestrahlt: Die Anti-Atom-Kette stand!

Bei allerbestem Wetter und in ausgelassener Stimmung ist es am Samstag, den 24. April, gelungen, die Anti-Atom-Kette zwischen Brunsbüttel und Krümmel zu schließen. Rund 120.000 Menschen – deutlich mehr als erwartet – haben nach Veranstalterangaben mitgemacht, und zwischen 14:30 und 15:00 Uhr ein geschlossenes »Band« über eine Länge von ca. 120 km gebildet. Wenige Tage, bevor sich der Super-GAU in Tschernobyl zum 24. Mal jährt, zwei Wochen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen (und den danach anliegenden Entscheidungen über die weiteren Laufzeiten der AKWs), forderten

Zehntausende Menschen Konsequenzen aus den Skandalen um die Asse und Gorleben und den Ausstieg aus der unakzeptablen Technologie.

Auch in Hamburg hat die Kette gestanden. Aus St. Georg machten sich mehr als 100 Menschen gemeinsam vom Hansaplatz auf zum Strohhaus. DIE LINKE aus Mitte hat neben vielen anderen aus Hamm und Umgebung auf der Borgfelder Straße gestanden, vis a vis zum Abgeordnetenbüro. Auch hier allerbeste Stimmung und die Gewissheit, dass wir sehr viele sind! Herr Rüttgers, Frau Merkel: Es hat ausgestrahlt!



Die Kette wird geschlossen – auch in St. Georg!

## Kulturtipps: Unsere Antworten auf Westerwelle



Am 1. Mai (hier 2008) auf die Straße: diesmal antworten wir auf Westerwelle

Die diesjährige **DGB-Demonstration am 1. Mai** steht unter dem Motto »Wir gehen vor! Gute Arbeit, gerechte Löhne, starker Sozialstaat«. Gestartet wird um **11.00 Uhr** vor dem **Gewerkschaftshaus**, die Kundgebung folgt gegen 13.00 Uhr auf dem Gelände des Museums der Arbeit in Barmbek. HauptrednerInnen sind der »neue« Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund und die Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Asklepioskliniken, Katharina Ries-Heidtke (die euromayday-Parade beginnt um 14:00 Uhr im Park Fiction in St. Pauli, nahe den Landungsbrücken).

Meine Kulturtipps sind mit den Maiaktivitäten verbunden. Zum ersten Mal präsentieren sich in den Sälen des **Gewerkschaftshauses** (Besenbinderhof 57a) mehrere KollegInnen mit ihren künstlerischen Werken zum Thema »Gute Arbeit«. Die **Ausstellung** läuft bereits seit dem 22. März und endet am 1. Mai. Also: vor Beginn des Maiumzuges einen Blick auf die Bilder werfen – bei Kaffee, Sekt und Brezeln!

Empfehlen möchte ich zudem das Stück **Paula Spencer**, dessen Aufführung der **Hamburger DGB mit und im »Polittbüro«** vereinbart hat – als »unsere Antwort auf Wester-

welle und Co«. Der Roman »Paula Spencer« stammt von dem berühmten irischen Schriftsteller Roddy Doyle (er lieferte u.a. die Buchvorlagen für die Filme »The Commitments« und »Fish and Chips«), der das Leben einer 48jährigen Putzfrau schildert. Im Mittelpunkt stehen die Kämpfe Paulas ums tägliche Überleben, Schwarzarbeit, das Ertränken der Sorgen im alkohol und die Nähe zu ihren Kindern, denen sie nicht immer eine vorbildliche Mutter war. Es geht aber auch um Lust auf gute Musik, Sarkasmus und Witz, die unglaubliche Vorstellung, vielleicht doch noch einen Liebhaber zu finden, der kein Idiot ist. »Paula ist eine wenig heldenhafte Heldin, mit der die Weltliteratur um eine unvergessliche Figur reicher wird«, schrieb der Berliner »Tagesspiegel«. Aufgeführt wird das Stück von Gilla Cremer, Robert Stadlober, Pheline Roggan, Antje Basedow und Jessica Kosmalla am **28., 29. und 30. April** jeweils um 20:00 Uhr im »Polittbüro« am Steindamm 45 (Eintritt 15 EUR, ermäßigt 10 EUR, Karten unter 280 55 467 oder bei der »Büchergilde im Gewerkschaftshaus«). Achtung: Vergleichbare DGB-Veranstaltungen im Polittbüro waren in den vergangenen drei Jahren frühzeitig ausverkauft!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**